

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr
Klimaschutz und Umwelt
V A B 2

Berlin, den 19. Juni 2024
Telefon 9(0)254 7071
Iris.Quehl@SenMVKU.berlin.de

1749 A

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei - G Sen -

Verkehrsknoten Marzahn - Kapitel 0740, Titel 72770

63. Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2024
Bericht SenMVKU - V A B - vom 11.06.2024, rote Nr. 1749

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Fraktion Die Linke hat folgende Fragen eingereicht:

1. Welche Teil-BPU lagen zum Zeitpunkt der Veranschlagung vor? Welche nicht? Welche VPU lagen in diesen Fällen zum Zeitpunkt der Veranschlagung vor? Welche BPU liegen inzwischen vor? Bitte mit den jeweiligen Kostenplanungen angeben.
2. Inwieweit war die Veranschlagung der Investitionsmaßnahme im Haushalt 2024/25 mit 90% GRW-Förderung fehlerhaft?
3. Was hat den Senat veranlasst, die Aufteilung und Förderquoten der GRW-Mittel zu verändern?
4. Wann ist die Entscheidung gefallen?
5. Inwieweit hat der Senat das Parlament in den Beratungen zum Doppelhaushalt über entsprechende Planungen bzw. Entscheidungen informiert?
6. Ggf. warum nicht?
7. Inwieweit betrifft dies weitere Investitionsmaßnahmen im Doppelhaushalt?
8. Welche Auswirkungen hat dies auf die Annahmen der Investitionsplanung?
9. Welche Baumaßnahmen bzw. sonstige verkehrseinschränkende Maßnahmen sind während der Bauarbeiten am Verkehrsknoten Landsberger Allee/Märkische Allee sowie der dazugehörigen Eisenbahnquerungen in der Gehrenseestraße, der Bitterfelder Straße, der Rhinstraße, der Allee der

- Kosmonauten, der Märkischen Allee, dem Blumberger Damm sowie der B1 zwischen Lichtenberger Brücke und Blumberger Damm geplant?
10. Welche Einschränkungen des ÖPNV im genannten Bereich sind während der Baumaßnahmen geplant?

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss nimmt den Zwischenbericht zustimmend zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Die Beantwortung der Fragen bedürfen der Zuarbeit von Dritten. Es wird daher um Fristverlängerung bis zur Sitzung am 4. September 2024 gebeten.

In Vertretung

Johannes Wieczorek
Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt